

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe März 2021

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **A. Pichard: Kinder haben "wenig oder nichts" gelernt**
- **Bolle Selke: ... Wissenschaft gegen "Political Correctness" und "Cancel Culture" verteidigen**
- **T. Riegel: Kulturelle Brücken gegen antirussische Meinungsmache**
- **A. Neu: Replik auf "Linke Sicherheitspolitik"**
- **J. Wagner: Glutkern des Westens**
- **Chr. Müller: Jetzt machen die Transatlantiker auf «du»**
- **F. Cunningham: US-Kriegsmaschinerie als Staat getarnt**
- **Chr. Sorensen: ... die ultimativen Kriegsprofiteure?**
- **W. Bittner: Wütender Widerstand gegen Nord Stream 2**
- **GFP: Das Lithium und der Putsch**
- **SÜDWIND e.V.: Rohstoffe für Handys und Co.: Lithiumabbau in Argentinien**
- **G. Rettenmaier: Mit Blut und Eisen zum Gummi**
- **E. T. Mantovani: Der neue Angriff auf das Wasser und die Wege des Blauen Kapitalismus**
- **L. C.: Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet**
- **Z-F.: Jean Monnet als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt**
- **P. Lévy: Das Vereinigte Königreich ist mit einem guten Vertrag am 1. Januar ausgetreten**
- **P. Lévy: Die "Europäische Gebietskörperschaft Elsass" als Muster transnationaler "Schicksalsgemeinschaft"**

Zitat des Monats von [Marc Aurel](#), Römischer Kaiser:

Grabe in Deinem Inneren.
In dir ist die Quelle des Guten und
sie kann immer wieder sprudeln, wenn du gräbst.

Editorial

Die Covid-Schutzmaßnahmen werden zur weiteren **Digitalisierung der Bildung** benutzt – Alain Pichard zeigt auf, dass mit diesen Erfahrungen aber auch die Begrenztheit “digitalen Lernens” klar wird. Die zunehmende Einengung eines offenen wissenschaftlichen Diskurses an den Hochschulen durch die Polit-Kampagne “**Cancel Culture**” zeigt Bolle Selke auf. Dagegen zeigt das Projekt “Musik für den Frieden”, wie man Grenzen auch überwinden kann, zum Beispiel **vom Oberrhein bis an die Wolga**.

Das leitet über zu dem Schwerpunkt Aggression, vor allem gegen Russland. Sogar innerhalb der Partei ‘Die Linke’ (Beitrag Neu) als auch vor allem bei den Grünen (Beitrag Wagner) gibt es Tendenzen, sich der **transatlantischen Aggression gegen Russland** anzuschließen. Christian Müller zeigt auf, dass diese Politik unter Präsident Biden intensiviert wird, aber nicht im Interesse Deutschlands und Europas liegt. Die militärische Seite der US-Aggressivität beleuchtet Cunningham und der US-Kriegsveteran Sorensen stellt dar, welche Geschäftsinteressen hinter den Militäreinsätzen stehen. Letztlich geht es immer auch um das Geschäft mit Rohstoffen. Das verdeutlicht der Beitrag zu **Nord Stream 2**, der zum Schwerpunkt “Rohstoffausbeutung” überleitet: Zwei Beiträge befassen sich mit dem **Lithium** in Bolivien, zwei weitere mit dem **Kautschuk** und dem **Wasser**.

Im abschließenden Schwerpunkt EU dieser Ausgabe wird in zwei Beiträgen die **Geschichte der EU als ein von Beginn an undemokratisches Projekt** dargestellt. Unter diesem Aspekt gewinnt Pierre Lévy entgegen der verbreiteten Meinung dem Brexit positive Aspekte ab. Abschließend stellt Pierre Lévy am Beispiel Elsass die **Regionalisierung** als eine sehr bürgerferne EU-Politik dar.

[Inhalt](#) ↑

- Alain Pichard: **Studie zu Corona-Schulschließungen: Kinder haben “wenig oder nichts” gelernt**

Eine niederländische Studie bestätigt, dass selbst die als digitale Vorreiter geltenden niederländischen Schulen [mit dem durch Corona bedingten Unterricht im Netz kaum Lernfortschritte erzielen können](#). Besonders negativ betroffen sind auch hier Kinder aus schwierigem sozialem Umfeld bzw. von Eltern ohne Akademikerausbildung. Trotz der enormen Anstrengungen von Lehrern, Schulbeamten und Regierung bestätigten die Ergebnisse des Online-Unterrichts “viele der schlimmsten Befürchtungen, die Pädagogen anfangs des ersten Lockdowns hatten”.

[Alain Pichard](#), Jg. 1955, Real- und Sekundarlehrer, vorwiegend an Brennpunktschulen in Biel. 2013 lancierte er mit Andreas Aebi das Memorandum “550 gegen 550“ für eine Überarbeitung des ‘Lehrplans 21’. 2015 und 2016 gab Pichard die Broschüre “Einspruch!” heraus, um Kritikern des ‘Lehrplans 21’ aus Politik, Bildung und Kultur eine Stimme zu geben. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Bolle Selke: **Neues Netzwerk will Wissenschaft gegen “Political Correctness” und “Cancel Culture” verteidigen**

70 Wissenschaftler aus dem deutschsprachigen Raum haben sich zu dem ‘Netzwerk Wissenschaftsfreiheit’ zusammengeschlossen. Sie monieren eine “zunehmende Verengung von Fragestellungen, Themen und Argumenten in der akademischen Forschung“. Vielerorts sei an den Universitäten ein Klima entstanden, in dem [abweichende Positionen und Meinungen an den Rand gedrängt](#) und moralisch sanktioniert würden. Die Ausgrenzung könne darin bestehen, dass Publikationen oder Drittmittel verweigert werden für die Forschung zu Themen, die nicht in den moralischen Korridor einer verstärkt politisierten Gesellschaftswissenschaft passen.

[Bolle Selke](#), Redakteur und Moderator mit den Schwerpunkten Digitales, Umwelt, Gesundheit, Verkehr und Satire. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Tobias Riegel: **Kulturelle Brücken gegen antirussische Meinungsmache**

Tobias Riegel berichtet über ein beispielhaftes gemeinsames Projekt der Völkerverständigung von deutschen und russischen Schülern als Gegengewicht zu der durch die Politik des Westens betriebene Polarisierung. So funktioniert das [Projekt “Musik für den Frieden”](#) von Jugendlichen aus Twer/Russland und aus Grenzach-Wyhlen/Baden-Württemberg auch zu Corona-Zeiten.

Das neueste Ergebnis stellt das [Video “Wolga trifft Rhein”](#) (4m40) dar, das mit professioneller Hilfe an Wolga und Rhein aufgenommen wurde. Das Video wurde aus der Not geboren, denn eigentlich sollten gemeinsame Konzerte der Ensembles stattfinden.

[Tobias Riegel](#) arbeitete als Journalist, für verschiedene Berliner Medien gearbeitet und Riegel ist heute Redakteur der NachDenkSeiten; seine Arbeitsschwerpunkte: Feuilleton, Medienkritik und Politik. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Alexander Neu: **Replik auf das “Diskussionsangebot” “Linke Sicherheitspolitik” des Parteimitglieds Matthias Höhn**

In einem grundlegenden Papier nimmt Alexander Neu (Die Linke) Stellung zu dem Vorschlag seines Parteikollegen Matthias Höhn, der ganz im Sinne von Joachim Gauck und Frank-Walter Steinmeier von seiner Partei fordert, Deutschland müsse mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen. Darin stellt Neu zunächst klar, dass es dabei nicht um das Übernehmen von Verantwortung für humane Hilfe und völkerrechtlich basierte Zusammenarbeit, sondern um macht- und militärpolitisches Engagement für Machtprojektionen gehe. Neu stellt die immer wieder unterstellte Bedrohung durch Russland in Relation zum Verhältnis der Militärbudgets des Westens und Russlands. Und er ordnet auch die derzeitige Lage in Europa in die realen Abläufe ein, die wir zwischen der Wende und der derzeitigen Lage in Osteuropa erlebt haben. “Es sind zu allererst und zu allermeist die USA – gelegentlich die Europäer im Schlepptau -, die im Kampf um strategische und ökonomische Einflusssphären auf militärische Mittel, unilaterale Sanktionen und Regime Change setzen.“

[Die NATO sei kein Verteidigungsbündnis mehr](#). Eine “EU-Armee“ zu generieren, diene nicht dem Zweck der Befriedung von Europa, sondern dazu, eine global operierende Fähigkeit zu entfalten, “um den Kapital- und Machtinteressen im Großmächte Wettbewerb auch militärischen Nachdruck verleihen zu können“; und dazu, den deutschen Parlamentsvorbehalt schwächen zu können.

Für die nicht-bedrohte BRD geht es nach Neu nicht darum, 2% des BIP für Aufrüstung auszugeben, sondern umfassend abzurüsten und sich dafür einzusetzen, dass die UNO die ihr in der UN-Charta zugedachten Aufgaben zur Friedenssicherung wahrnehmen kann, statt von den Großmächten instrumentalisiert zu werden.

[Alexander Neu](#), Jg. 1969, studierte politische Wissenschaft; promovierte 2004; 2000 bis 2002 und 2004 Auslandstätigkeit in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im ehemaligen Jugoslawien; 2006 bis 2013 Referent für Sicherheitspolitik bei der Fraktion 'Die Linke'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jürgen Wagner: **Glutkern des Westens**

Jürgen Wagner hofft, dass sich bei den Grünen doch noch Widerstand regt gegen die Auflösung der letzten friedenspolitischen Reste der Partei. Wagner sieht in der grünennahen Böll-Stiftung eine der Treiberinnen, die Partei in eine pro-militaristische Richtung zu schieben und stellt uns dies exemplarisch an dem [Thesenpapier "Transatlantisch? Traut Euch!", einem Pro-NATO-Manifest](#), dar. In dem Thesenpapier wird auch eine deutsche Schlüsselrolle bei umfassenden Rüstungsanstrengungen der NATO gegen die Hauptfeinde China und Russland gefordert. Nach Wagner könnte der Widerstand bei den Grünen gegen die so vertretene politische Richtung auch dadurch angeregt werden, dass neben den militärpolitischen Passagen des Thesenpapiers auch für eine Neuauflage des Freihandelsabkommens TTIP geworben wird.

[Jürgen Wagner](#) ist Politikwissenschaftler, Autor zahlreicher Artikel und Studien zur NATO und zu US-Strategien und EU-Militarisierung und Vorsitzender der Informationsstelle gegen Militarisierung in Tübingen (IMI). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Christian Müller: **Jetzt machen die Transatlantiker auf «du»**

Ein Bündnis von Transatlantikern rief am Tag der Vereidigung von US-Präsident Joe Biden dazu auf, die mit dem neuen US-Präsidenten gegebene "große Chance zu Reparatur und Neuausrichtung der erodierten transatlantischen Beziehungen zu nutzen und eine neue Übereinkunft mit der amerikanischen Regierung zu treffen. [...] Die Bundesrepublik braucht dazu Führung, politischen Willen, Ideen und einen Plan – [ausgehend von dem vitalen Interesse Deutschlands, dass Amerika eine europäische Macht bleibt](#)."

Das Bündnis, bestehend aus Atlantik-Brücke, Aspen Institute, German Marshall Fund (Sitz in Washington D.C.), Brookings Institution (Sitz in Washington D.C.), European Council on Foreign Relations, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Kieler Institut für Sicherheitspolitik, Münchner Sicherheitskonferenz, Hanns-Seidel-Stiftung und Heinrich-Böll-Stiftung, will den nuklearen Schutzschirm und die nukleare Teilhabe beibehalten. Von Deutschland wird ein höherer Beitrag zur Teilung der Lasten für eine verbesserte militärische Handlungsfähigkeit vom Hohen Norden über die Ostsee, Belarus und die Ukraine bis in den Indo-Pazifik gefordert. Die NATO soll auch als politisches Bündnis und "Glutkern des Westens" verstanden wissen.

Von Biden wird denn auch betont, dass die USA im Hinblick auf die Herausforderungen von heute und morgen "unsere Allianzen reparieren und uns wieder mit der Welt engagieren" wollen. Der Autor des Artikels, Christian Müller, fragt sich, ob "sich Deutschland, die EU und die USA bewusst [sind], dass sie mit diesem NATO-Kurs vor allem eines bewirken: ein Zusammengehen von Russland mit China?" Müller hofft, dass sich Transatlantiker noch vergegenwärtigen, dass Deutschland zu Hitler-Zeiten für 50 Millionen Tote weltweit mitverantwortlich war.

[Christian Müller](#), Jg. 1944, studierte Geschichte, Staatsrecht und Betriebswirtschaft; aktiver Journalist und Redakteur (infosperber.ch). Müller setzt sich dafür ein, dass Demokratie auch in internationalen Gremien Standard wird. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Finian Cunningham: **Die US-Kriegsmaschinerie hat sich als Staat getarnt**

Für Finian Cunningham sind die Behauptungen über "russische Hacker-Angriffe" Teil einer verdeckten Operation im Rahmen der von US-Militärgeheimdiensten betriebenen psychologischen Kriegsführung, die [die Bevölkerung auf eine aggressivere Politik gegen Russland und China einstimmen](#) soll. Solch eine Politik werde zur Sicherung der Vorherrschaft der USA und der Gewinne der US-Rüstungskonzerne unbedingt gebraucht. Es sei bezeichnend, dass US-Politiker Russland nur als Rohstoffquelle sehen, aber selbst seit dem Völkermord an den Ureinwohnern Amerikas sich nur als Kulturzerstörer und nicht als Kulturschaffende hervortun. "Die USA geben in jedem Jahr viele Milliarden Dollar für ihre Kriegsmaschinerie aus – allein 2021 sind 740 Milliarden Dollar dafür verplant. Das ist mehr als das Elffache des russischen Verteidigungsbudgets. Außerdem betreiben die USA mindestens 800 Militärbasen in mehr als 70 Staaten rund um die Welt. Völkerrechtswidrig fallen sie immer wieder über andere Staaten her, besetzen sie und bringen deren Bewohner um."

[Finian Cunningham](#), Jg. 1963, hat ausführlich über internationale Angelegenheiten geschrieben und Artikel in mehreren Sprachen veröffentlicht. Er hat einen Master-Abschluss in Agrarchemie und arbeitete als wissenschaftlicher Redakteur für die Royal Society of Chemistry, Cambridge. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Christian Sorensen: **Wer sind die ultimativen Kriegsprofiteure? Ein Veteran der U.S. Air Force lüftet den Schleier**

Christian Sorensen, ein US-Veteran, hilft uns zu [erkennen, wer die ultimativen Kriegsprofiteure sind](#). Militärische Aktivitäten werden geführt, um Länder gewaltsam für ausländische Investoren zu öffnen, um den multinationalen Konzernen den freien Zugang zu natürlichen Ressourcen zu gewährleisten und um der Finanzindustrie Gewinne zu ermöglichen.

Wie und mit welchen Gütern und Dienstleistungen Finanzfirmen ihre Gewinne machen, zeigt Sorensen an einigen Beispielen auf: Parsons verdient mit Cyberspace-Planungen und durch umfassende Zuarbeit zum DIA (Defense Intelligence Agency); an Parsons sind die Vanguard Group, BlackRock und State Street führend beteiligt. Auch die Aktien von CACI (California Analysis Center, Inc.) sind größtenteils im Besitz von Finanzfirmen; CACI leitet, wie auch andere Unternehmen, funktionell die DIA. Die Firma PAE baut mit Subunternehmen seine Aktivitäten mit ehemals Regierungsaufgaben innerhalb des US-Militärapparats weiter aus. Amentum leitet das Geschäft der Logistik von Ausrüstung, Fracht und Personal des US-Militärs durch Europa, unterstützt die Drohneneinsätze in Nahost und Mittelamerika und hilft bei der Wartung von Navy-Standorten; mit dem Erwerb von DynCorp ist die Firma auch im Söldnergeschäft. Amentum gehört der Private-Equity-Firma Lindsay Goldberg.

Damit die Geschäfte gut laufen können, wird auch über Spenden Einfluss auf führende Politiker genommen, indem deren Wahlkämpfe finanziert werden. So haben zwischen Juli und September 2020 mindestens 67 Milliardäre und ihre Ehepartner Beiträge von mehr als 100'000 Dollar an Komitees geleistet. Sorensen schlüsselt Spender und Beträge weiter auf.

Die Berater, z.B. von Biden sind ein fester Bestandteil des militärisch-industriell-parlamentarischen-Komplexes. Und Konzernmedien befördern die Interessen dieses Komplexes mit ihrer Propaganda und verhindern, dass die Öffentlichkeit die Natur des Problems versteht. Zudem wird der Druck der Industrie in Form von Finanzierung und Leitung von Interessengruppen, der Finanzierung von Denkfabriken und der Rekrutierung von Generälen und Admirälen im Ruhestand aufgebaut.

Sorensen resümiert: "Kriege müssen geschaffen und ausgeweitet werden, und Militärbasen, durch die Waren und Dienstleistungen geleistet werden, müssen eingerichtet und befestigt werden, um die Investoren zu befriedigen. Ungeachtet dessen erfordert die Beendigung der Kriege zuerst eine Auseinandersetzung mit dem eingebetteten Profitmotiv, ansonsten ist es 'business as usual'."

[Christian Sorensen](#) ist ein Romanautor, Militäranalyst und unabhängiger Journalist mit Schwerpunkt auf die Kriegsgewinnler des militärisch-industriellen Komplexes. Er ist ein Veteran der Air Force und Autor des Buches "Understanding the War Industry". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Wolfgang Bittner: **Wütender Widerstand gegen Nord Stream 2**

Wolfgang Bittner nimmt ein Interview der ARD mit der Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, zum Anlass, die tendenziöse Berichterstattung über das Pipeline-Projekt 'Nord Stream 2', aber auch die diesbezügliche US-Sanktionspolitik und das Verhalten verschiedener deutscher Politiker unter die Lupe zu nehmen. Letzteren wirft Bittner vor, die [Direktiven aus Washington verinnerlicht](#) zu haben und damit die Interessen des deutschen Volkes zu verraten. Momentan gehen die Arbeiten an den letzten 100 Kilometern Pipeline trotz verschiedener im Raum stehender Drohungen weiter. Nach der Verhaftung des Kreml-Kritikers Alexej Nawalny fordert das EU-Parlament den Baustopp des Projekts.

[Wolfgang Bittner](#), Jg. 1941, studierte Rechtswissenschaft, Soziologie und Philosophie in Göttingen und München. Heute freier Schriftsteller. Kritiker der US-Außenpolitik und der Berichterstattung deutscher Medien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- GFP: **Das Lithium und der Putsch**

Nach der Präsidentenwahl in Bolivien hoffen Bundesregierung und deutsche Wirtschaftskreise auf [direkten Zugriff auf die vermutlich größten Lithiumlagerstätten der Welt](#). Schon Ende 2018 hatte das deutsche Unternehmen 'ACI Systems' ein 'Joint Venture' mit der staatlichen bolivianischen YLB schließen können, um das Lithium im Salar de Uyuni zu fördern, dem größten Salzsee der Erde im bolivianischen Hochland. Lithium ist für die Produktion von Batterien, wie sie etwa in Elektroautos verwendet werden, unverzichtbar und von speziellem Wert für die deutsche Kfz-Industrie.

Das deutsch-bolivianische 'Joint Venture' war allerdings Anfang November 2019 im Verlauf schwerer Unruhen in Bolivien auf Eis gelegt und nach dem Putsch in La Paz vom 10.11.2019 nicht wieder aufgenommen worden – dies, obwohl die Bundesregierung dem Putschregime den Rücken stärkte. Nach der klaren Wahlniederlage der Putschisten setzt Berlin nun auf ein Entgegenkommen des Wahlsiegers Luis Arce - obwohl es gebilligt hatte, dass dessen Parteikollege Evo Morales 2019 gewaltsam gestürzt wurde.

[German-Foreign-Policy](#) (GFP), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- SÜDWIND e.V: **Rohstoffe für Handys und Co.: Lithiumabbau in Argentinien**

Mit einem wachsenden Bedarf an Lithium ist zu rechnen. Etwa 70 % des weltweit abbaubaren Lithiumvorkommens befinden sich im sogenannten Lithium-Dreieck, in den südlichen Anden. Zu ihm gehören Salzseen in Bolivien, Chile und Nord-Argentinien. Aus den Salzseen lässt sich Lithium sehr günstig gewinnen. Daher sehen alle drei süd-amerikanischen Länder [Lithium als eine strategische wirtschaftliche Ressource](#) an. Der Abbau, bzw. die Vorerkundungen zum Abbau, sind jedoch unterschiedlich organisiert: In Bolivien werden die Lithiumvorkommen unter staatlicher Aufsicht erschlossen und sollen im Land weiterverarbeitet werden. In Chile wird Lithium von zwei

Unternehmen abgebaut, an denen vor allem Investoren aus Chile beteiligt sind. In Argentinien nehmen hingegen überwiegend ausländische Unternehmen die Erkundungen vor und sichern sich die Lizenzen für den Abbau. – Durch die Corona-Pandemie bedingt werden die [Bergbau-Exporte Argentiniens nicht in dem geplanten Maße wachsen](#); vielmehr geht man davon aus, dass allein in 2020 der Export um 25% zurückging.

In der Umgebung der Salzseen im Nordwesten Argentiniens leben vor allem indigene Bevölkerungsgruppen, die flexible Einkommensstrategien aus Weidewirtschaft, dem Anbau verschiedener Feldfrüchte, Tauschhandel, Salzabbau und Tourismus verfolgen und hierbei auf eine intakte Umwelt angewiesen sind. Besonders identitätsstiftend ist die Viehhaltung (Lamas, Ziegen, Schafe), für die in der Halbwüste Feuchtgebiete und Lagunen unabdingbar sind. Solche Wasserstellen speisen sich vor allem aus unterirdischen Wasserflüssen. Die Bohrungen und Installationen an den Salzseen stellen daher für die indigenen Gemeinschaften gefährliche Eingriffe dar, die die Wasserstellen zerstören können.

[SÜDWIND e.V.](#) engagiert sich für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit. Das Institut deckt ungerechte Strukturen auf, macht sie öffentlich und bietet Handlungsmöglichkeiten durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und Gespräche mit den Verantwortlichen aus Politik oder Unternehmen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Gertrud Rettenmaier: **Mit Blut und Eisen zum Gummi**

Für die EU ist Naturkautschuk ein kritischer Rohstoff, da er Schlüsselfaktor insbesondere der Automobilindustrie ist. Allein die Reifenindustrie benötigt etwa 76% des gesamten weltweit produzierten Naturkautschuks, für den es keinen Ersatz gibt. 2019 setzte allein die deutsche Kautschukindustrie mit ihren 73'000 Beschäftigten 11 Mrd. Euro um. Die wichtigste Quelle zur Gewinnung dieses Rohstoffes ist derzeit der Heveabaum im Amazonasgebiet; verarbeitet wird er überwiegend im industrialisierten Norden.

[Seit dem 17. Jh. fasziniert der aus dem Baumsaft gewonnene Kautschuk.](#) Der Durchbruch als Werkstoff kam, als es gelang den Kautschuk durch Beimischung von Schwefel zu vulkanisieren. Die ersten Gummifabriken entstanden ab 1850. Anno 1895 stellten z.B. in Deutschland 12'500 Beschäftigte in 339 Gummifabriken Kämme, wasserdichte Textilien, Schläuche, Riemen, Bänder, Rohre, medizinische Artikel, Babysauger, Milchpumpen, Kondome, Isolierungen und Dichtungen her. Mit der beginnenden Produktion von Luftreifen für Straßenfahrzeuge dynamisierte sich die Entwicklung. Mit steigendem Bedarf an dem Rohstoff bauten Handelsfirmen aus den Industriestaaten ein Netz von Faktoreien und Wegen auf und brachten die einheimische Bevölkerung der Amazonasregion mit verlockenden Tauschwaren, aber auch mit Zwangsmaßnahmen und Rum dazu, von den wildwachsenden Bäumen Gummi zu zapfen und abzuliefern. Europäische Staaten nutzten aber auch ihre Macht, um aus ihren Kolonien in Afrika Kautschuk durch Zwang und ohne Rücksicht auf die Bewohner geliefert zu bekommen. Dadurch wurde letztlich die bisherige Gesellschaftsordnung in vielen Dörfern Afrikas zerstört.

Die kontinuierliche Ausweitung der Ausbeutungsgebiete und das Auspressen der Bevölkerung ließ nach, als nach 1913 billigerer Plantagenkautschuk aus britischen Kolonien in Süd- und Südostasien in großen Mengen auf den Markt kam. Die britische Dominanz auf dem Weltkautschukmarkt veranlasste in den 1920er Jahren Vertreter der schnell wachsenden amerikanischen Auto- und Reifenindustrie, selbst Plantagen zu gründen. In den 1930er Jahren entwickelte die IG Farben AG die Produktion von Styrol-Butadien-Kautschuk, kurz Buna, der Naturkautschuk teilweise ersetzen konnte. Während des Zweiten Weltkriegs kam es dabei zum Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen. Heute kommen 90% des weltweit produzierten Naturkautschuks (13,4 Millionen Tonnen) aus Asien, dabei werden Löhne bezahlt, die keine Existenz sichern, womit Mehrarbeit erzwungen wird. 85% der Weltproduktion an Kautschuk kommen aus kleinbäuerlichen Betrieben.

Im Hinblick auf die Bedeutung der Rohstoffe bei Staatsstreich, Umstürzen, Kriegen und Unruhen möchten wir auch auf die Artikel "[Peter Küpfer: Den Schlägen standgehalten](#)" (siehe Bürgerbrief vom Oktober 2020) und "[DWN: Simbabwe: Großmächte kämpfen um Zugriff auf Rohstoffe](#)" (s. Bürgerbrief vom Dezember 2017) verweisen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Emiliano Terán Mantovani: **Der neue Angriff auf das Wasser und die Wege des Blauen Kapitalismus**

Die Wassernutzungsrechte in Kalifornien werden seit Dezember 2020 von dem internationalen Unternehmen 'CME Group' insbesondere auf Terminmärkten gelistet. Damit werden traditionell frei zugängliche Güter wie Lebensmittel und öffentliches Gemeingut in ein Wirtschaftsgut umgewandelt und der Logik des Finanzmarktes unterworfen. Dieser Schritt steht im Kontext und in der Kontinuität der Prozesse zur Privatisierung, Vermarktung und Finanzialisierung von Wasser, womit bestehende kollektive oder öffentliche Rechte in Bezug auf das Wasser verdrängt werden. Besonders fortgeschritten ist der Prozess in Chile, aber auch in Australien, USA, Spanien, Südafrika, Großbritannien, Iran und anderen Ländern in Südasien. Der Prozess vollzieht sich in einer Welt, in der rund 2,2 Milliarden Menschen keine sichere Trinkwasserversorgung, 4,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu angemessenen sanitären Einrichtungen haben und es rund 3 Milliarden Menschen an grundlegenden Einrichtungen zum Händewaschen fehlt.

Das heikle Problem des Wassers zeigt uns deutlich den Reifegrad, den die Zivilisationskrise erreicht hat, bei der es jetzt um die Möglichkeit des Lebens auf dem Planeten geht, wie wir es bisher gekannt haben. Angesichts dieser tiefen Krise werden wir, so Emiliano Terán Manotvani, mit Reformen nichts ausrichten. "Wir brauchen eine Veränderung in der gesamten vorherrschenden zivilisatorischen Ordnung und die Veränderung erfordert sofortiges Handeln". [Wir müssen "Wasser zum universellen Gemeingut und menschlichen und ökologischen Recht \(auch anderer Arten\) erklären](#) und ohne Zögern den allgemeinen Zugang zu Wasser zur Sicherung des Lebens gewährleisten. [...]"

[Emiliano Terán Mantovani](#) ist Soziologe (Uni Venezuela), politischer Ökologe und Forscher in den Sozialwissenschaften. Er beteiligt sich an der Ständigen Arbeitsgruppe für Alternativen zur Entwicklung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Lupo Cattivo: **Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet**

Um den Hintergrund der heutigen EU ins Gedächtnis zurückzurufen, könnte es sinnvoll sein, sich ihre tatsächliche Geschichte zu vergegenwärtigen. Die Autoren des Artikels weisen auf [die doppelgesichtige Geschichte der EU](#) (bitte etwas runterscrollen) hin. Das Gesicht, die EU bedeute Frieden und Wohlstand, kennen wir alle und ist in den meisten Geschichtsbüchern zu finden. Dahinter gibt es noch eines, das aber niemand sehen soll: Es ist die hintergründige Geschichte der EU, die in den vierziger Jahren in den USA geplant, nach 1945 in Europa von dem Wallstreet-Banker Jean Monnet ins Werk gesetzt wurde und damit die europäischen Staaten um ihre Souveränität brachte.

Dieser Artikel aus dem Jahr 2010 ist in seiner Analyse auch heute noch gültig und erarbeitet letztlich die Grundlagen und Ziele der EU. Wir hatten den Artikel schon im März 2017 im Bürgerbrief, allerdings hat sich der Link geändert. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Zeit-Fragen: **Jean Monnet als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt**

Dieser Artikel ist der Folgeartikel zu "Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet", der beschrieb, wie sich Monnet in der internationalen Finanzwelt und im Politikmilieu vernetzte. (Red.)

Jean Monnet verstand es sehr gut, während seines Werdegangs bei Banken und Politik Einflussnetze zu knüpfen. Aufgrund seiner Erfahrung als Waffenhändler im Ersten Weltkrieg konnte er Frankreich und Großbritannien während des Zweiten Weltkriegs bei ihren Waffenkäufen helfen.

1940 lancierte 'Chatham House' die Idee einer engen britisch-französischen Union, [bei deren Realisierung Monnet eine Schlüsselrolle spielte](#). Er argumentierte, Hitler könnte Frankreich und Großbritannien auseinanderdividieren, daher müsse die Verbindung unauflöslich sein. Dieser Union stünde dann die unbegrenzte Produktion der USA zur Verfügung.

Charles de Gaulle, der den Waffenstillstand Frankreichs mit Nazi-Deutschland und das Vichy-Regime ablehnte und ins Exil ging, um dort den Widerstand zu organisieren, traf Monnet 1940 in London. Da Monnet als Sondergesandter des US-Präsidenten Roosevelt die Wiederherstellung von Frankreichs Souveränität ablehnte, lieferte er Argumente, um de Gaulle zu desavouieren. Monnet boykottierte anfangs das nationale Befreiungskomitee von de Gaulle, versuchte diesen in einem größeren Komitee kaltzustellen, auf das Eisenhower und Roosevelt Einfluss zu nehmen versuchten.

1943 wurde von der Hochfinanz und den US-Kartellen die Gründung einer europäischen Transportgemeinschaft sowie eine europäische Währungsunion vorgeschlagen, die über den Staaten stehen sollte. Monnet entwickelte daraus seinen Vorschlag zur Gründung einer Wirtschaftsunion. Europa sollte sich eng an Amerika und England anlehnen. Europa könne "zu einem Staat werden, der Frieden und Glück bringt". Die Initiative solle von Frankreich ausgehen.

Nachdem de Gaulle die strategischen Überlegungen Roosevelts für die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg dargestellt bekommen hatte und erkannte, dass Europa von den USA dominiert werden sollte, zog er den Schluss, dass Frankreich nur auf sich selbst zählen könne, wenn es wieder seinen Platz unter den Nationen erlangen wolle.

Dieser Artikel aus dem Jahr 2011 ist in seiner Analyse auch heute noch gültig. Wir hatten den Artikel schon im April 2017 im Bürgerbrief, allerdings hat sich der Link geändert. (Red.)

[Zeit-Fragen](#), eine genossenschaftlich herausgegebene, weltanschaulich, politisch und finanziell unabhängige Zeitung, sieht sich als Ergänzung zu anderen Zeitungen. Erscheint 14-tägig, auch in englischer und französischer Sprache. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Pierre Lévy: **Das Vereinigte Königreich ist mit einem guten Vertrag am 1. Januar ausgetreten**

Vor einem Jahr, am 31.01.2020, hatte das Vereinigte Königreich die EU zwar rechtlich und politisch verlassen, aber die Trennungsvereinbarung sah eine Übergangszeit vor, in der das Land weiterhin Zugang zum EU-Binnenmarkt hatte, an dessen Regeln gebunden war und die künftigen Beziehungen noch ausgehandelt werden konnten. Am 24.12.2020 wurde das dafür erforderliche "Handels- und Kooperationsabkommen" unterzeichnet, das der britische Premierminister Boris Johnson als phantastisch bezeichnet, da es alle britischen Forderungen erfülle. Es ist, so der britische Chefunterhändler David Frost, ["eines der größten jemals abgeschlossenen Abkommen \(...\)"](#), das Waren, Dienstleistungen, Straßen- und Luftverkehr, Sicherheit, Zusammenarbeit im Gesundheitswesen... umfasst". Das britische Parlament hat das von Ursula von der Leyen und Boris Johnson unterschriebene Abkommen am 30.12.2020 gebilligt. Lediglich die Zustimmung des EU-Parlaments steht noch aus und sollte bis Ende Februar vorliegen. Um genügend Zeit für die juristisch-sprachliche Überarbeitung des Abkommens in allen 24 Sprachen der EU zu schaffen und so seine Prüfung durch das Europäische Parlament und den Rat zu ermöglichen, hat die EU-

Kommission vorgeschlagen, das Abkommen nicht nur bis Ende Februar sondern [bis Ende April 2021 vorläufig anzuwenden](#).

Beachtenswert ist, dass es den Briten gelungen ist, parallel zu den Verhandlungen mit der EU mehr als 60 Freihandelsabkommen auszuhandeln. Verhandlungen mit weiteren zehn Ländern können nach dem endgültig vollzogenen Austritt aus der EU erfolgen.

[Pierre Lévy](#), Jg. 1958, Journalist, ehemaliger Redakteur bei der Tageszeitung 'L'Humanité' (1996-2001), ehemaliger Gewerkschafter bei 'CGT-Métallurgie'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Pierre Lévy: **Die "Europäische Gebietskörperschaft Elsass" als Muster transnationaler "Schicksalsgemeinschaft"**

[Am 02.01.2021 nahm die "Europäische Gebietskörperschaft Elsass" \(Collectivité européenne d'Alsace, CEA\) ihre Arbeit auf](#). Nach Darstellung von Pierre Lévy ist sie das Ergebnis der Fusion der beiden französischen Departements Bas-Rhin (Niederrhein) und Haut-Rhin (Oberrhein) und wird über erweiterte Befugnisse verfügen. Das in Frankreich nahezu unbemerkte Ereignis sagt den Menschen derzeit noch nichts, bringt aber einen institutionellen Umbruch mit sich. Die CEA ist zuständig für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, für die Zweisprachigkeit und für die Straßenverwaltung. Ihr Präsident Frédéric Bierry meint: "Wir müssen zeigen, dass die grenzüberschreitenden Gebiete die Motoren der europäischen Intelligenz sind, und mit dem Rheingebiet eine Schicksalsgemeinschaft schaffen." Brigitte Klinkert, ehemalige Präsidentin des Departementsrats Haut-Rhin, meint: "Die Geburt der Europäischen Regionalkörperschaft Elsass ist kein Ergebnis, sondern ein Ausgangspunkt." Ausgangspunkt für was?

Wie bei den in Deutschland immer wieder lancierten Regionale-Projekten wird die Führerschaft der EU nicht offengelegt. (Red.)

[Pierre Lévy](#), Jg. 1958, Journalist, ehemaliger Redakteur bei der Tageszeitung 'L'Humanité' (1996-2001), ehemaliger Gewerkschafter bei 'CGT-Métallurgie'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑